

ISOR hat sich im Jahr 2018 frühzeitig zu #Aufstehen bekannt

Prof. Dr. Horst Bischoff / Joachim Bonatz
Stellvertreter des Vorsitzenden ISOR e.V.

Unter dem Eindruck der Nichtannahme der Rechtssatzbeschwerden gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz vor dem BVerfG hat sich diese Positionierung erst recht bestätigt.

Wir ziehen nicht den Kopf ein. Wir erheben unsere Stimme gegen die Rentenungerechtigkeiten nun mit Verbündeten noch lauter.

Mit den Rechtssatzbeschwerden haben wir die sehr vielen rentenrechtlich benachteiligten Gruppen durch beispielhafte Solidarität bei deren Klagen finanziell abgesichert. Die besonders krassen rentenrechtlichen Benachteiligungen, die Rentenstrafen nach den §§ 6 und 7 AAÜG wurden bewusst nicht in den Vordergrund der Klagen gerückt.

Unabhängig davon hat sich die doch so „unabhängige Justiz“ mit der Nichtannahme vor einer Positionierung gegen den Gesetzgeber gedrückt. Mit den vielen Partnern, die im

Natürlich steht weiterhin für uns und die Unseren die Erhaltung des Friedens und der Völkerverständigung im Vordergrund. Dies umso mehr, als aktuell die Kriegsschauplätze mehr werden und wegen der zunehmenden Beteiligung Deutschlands näher an Deutschland heranrücken. Auch hier muss deutlich und eindringlich gesagt werden, die uns vorgegaukelte Lösung, ein mehr für Rüstung zu tun, sichere den Frieden, die verlogene Propaganda angeblich maroder Bewaffnung der Bundeswehr und die Steigerung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP), sind Lügen und Verdrehungen, um diese Politik zu rechtfertigen.

Die bestehende Politik diene nur der Umverteilung von unten nach oben und der Erhöhung der Aggressivität des Militarismus.

Es klingt ganz anders, wenn man statt zwei Prozent BSP ehrlich sagt, es sind 20 Prozent des

Die Redaktionskommission protestiert gegen die Einmischung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in die inneren Angelegenheiten der Republik Venezuela. Wir fordern die Aufhebung der Sanktionen gegen die Republik und rufen alle Mitglieder auf, im Bündnis mit allen demokratischen Kräften Solidarität mit Venezuela zu demonstrieren.

Gleichklang mit uns diese Ungerechtigkeiten anmahnen und weiterhin nun von der Politik eine Änderung einfordern, gilt es die Stimme zu erheben.

Dazu ist #Aufstehen eine Plattform, auf der diese Politik gegenüber den heutigen und künftigen Rentenempfängern in größerer Breite angegriffen und das geeinte breite Unverständnis deutlicher gemacht werden kann.

Immer wieder bedeutet es: Beteiligen, Hingehen und „Flagge“ zeigen, zusätzlich Menschen gewinnen, die sich beteiligen! Dieser „Sozialraub“, der sich in der extremen Vermehrung der Millionäre und Milliardäre in Deutschland zeigt, der Ausdruck der Umverteilung von unten nach oben ist, dieses moderne „Raubrittertum“ mit Hilfe des Staates gilt es anzuprangern, gilt es mehr ins Bewusstsein der Menschen zu rücken!

Geldes, über die der Staat im Jahr verfügt, also des Staatshaushaltes! Darin sind jedoch nicht die Kosten des Staatshaushaltes für Pensionen, für die Geheimdienste, Polizei, andere Repressions- und Aggressionsapparate des Staates sowie die dafür nötigen infrastrukturellen Maßnahmen enthalten.

Dann wird bewusst, wie viel tatsächlich „umverteilt“ (besser dem Bürger entzogen) wird und wem die Steuergelder tatsächlich dienen. Dann wird deutlich, warum seitens des Staates nicht ausreichend Geld für marode Straßen, Brücken, Bahnen, Schulen usw. zur Verfügung gestellt, an Renten und Sozialleistungen gespart, Umweltschutz und Verbraucherschutz nicht wirklich gelebt, für Rentner und Schüler die Teilhabe am Öffentlichen Nahverkehr, an Kunst, Kultur, z.B. Theater und Museen durch zu hohe Preise begrenzt wird.

Rüstungsprofiteure verdienen an jedem abgefeuerten Schuss Munition. Schon ein Stagnieren der Umsätze dieser Firmen wird als wirtschaftliches Desaster medial verkauft. Um dagegen aufzutreten, ist #Aufstehen richtig.

Wie sieht es aber nun aus?

Es wurde nach #Aufstehen #Unteilbar initiiert, - mit viel Geld, das fiel schon allein durch die Werbung in Hochglanzprospekten und -plakaten, auf Bildschirmen der U-Bahn usw. auf, wurden soziale Ziele formuliert, hinter die wir uns stellen.

Es gibt viele weitere Initiativen. Dies gilt für die Themen der Friedenssicherung als auch für soziale. Geht es nun um Inhalte oder um die „bessere“ Aktion, also um Aktionismus? Muss uns das überhaupt interessieren?

Eigentlich nicht. Dort, wo unsere Anliegen zur Friedenssicherung und zur Erlangung von unseren sozialen Rechten stehen, beteiligen wir uns und vertreten damit (möglichst sichtbar) #Aufstehen. Treten wir ein für ein gemeinsames Organisieren der Initiativen, weil es um Inhalte geht. Beteiligen wir uns dort, wo keine russlandfeindlichen, wo keine aggressiven, wo keine rechten, wo keine der Umverteilung dienenden Themen sichtbar werden und beziehen wir dies ein als unseren Beitrag zu #Aufstehen.

Unter dem Eindruck der vielen Stimmen zu den Rentenungerechtigkeiten hat sich sichtbar in der Politik ein Wandel vollzogen. Man hat das Thema wiederentdeckt. Die völlig unzureichenden Lösung, die unmittelbar nach dem Einreichen der Beschwerden im Juni 2018 während der Sommerpause der Politiker (beachtenswert!) durch die Arbeitsgruppe um Sozialminister Hubertus Heil erarbeitet worden ist, konnte weder durch das fortwährende Lob der Medien, die „zu teuer“-Argumentation z.B. der FDP noch andere Maßnahmen schmackhaft gemacht werden. Nun, vor den Landtagswahlen im Jahr 2019 im Osten des Landes sowie der Europawahl entdeckt man dieses Thema erneut! Erinnern wir deswegen an die Wahlprüfsteine, die wir den Parteien vor der Bundestagswahl übersandt haben. Was ist überhaupt daraus geworden? Erinnern wir uns:

**I. Leben in Sicherheit und Wohlstand
braucht Frieden
Setzen Sie sich in dem zu wählenden
Bundestag ein für**

- eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?
- eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine

strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?

- eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?
- eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommando-Zentrums der US-amerikanischen Armee zur Drohnen- Kriegsführung in Ramstein?
- eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?
- einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?

II. Soziale Gerechtigkeit und Schutz vor Armut

Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?
- die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Ver-

bot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?

- die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?
- die Beseitigung der Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?
- eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?
- die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in Krisengebiete?

III. Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?
- ein Ende der Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen

die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutscher Bürger?

- die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?
- eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Straffrenten gegen Verantwortungs-träger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?

Welche Forderung hat seit März 2017 an Aktualität verloren? Welche Partei hat was geantwortet und vor allem in politische Maßnahmen umgesetzt? Die Partei DIE LINKE hat geantwortet. Sie hat Initiativen dafür gestartet.

Sowohl „Abrüsten statt Aufrüsten“ als auch #Aufstehen sind konkret fassbare Initiativen, zu denen wir uns positioniert haben und zu denen wir weiter fest stehen.

Weitere Initiativen, über Parteigrenzen hinweg, zur Unterstützung dieser aus unserer Sicht wichtigen Ziele, finden in jedem Fall auch unsere Unterstützung durch Aktivitäten. Diese stehen nicht im Wettbewerb oder im Konflikt mit den beiden oben genannten, sondern zeigen den Unmut des Volkes und den Bedarf eines Richtungswechsels in der Politik.

* * *

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand bestätigte den vorgelegten Finanzhaushaltsplan für das Jahr 2019 und sprach in diesem Zusammenhang dem Schatzmeister, den Mitgliedern der Revisionskommission, den Kassierern und Kassenprüfern Dank und Anerkennung für ihre gewissenhafte und zuverlässige Arbeit aus.

*

Nach Beratung mit dem Beirat wird im März 2019 eine überarbeitete Finanzordnung wirksam. Vorgeschlagen wird, den TIG statt bisher 15 Prozent künftig 30 Prozent der Einnahmen zur eigenen Verwendung zu überlassen.

*

Joachim Bonatz berichtete, dass im Ergebnis der OKV-Spendenaktion die von ISOR verauslagten 30.000,- Euro Verfahrenskosten im Zusammenhang mit der Rechtssatzbeschwerde in voller Höhe erstattet werden konnten. Ca. 80 Prozent der Spenden wurden von ISOR-Mitgliedern aufgebracht, die damit ihre Solidarität mit allen durch Rentenkürzungen und -ungerechtigkeiten betroffenen DDR-Bürgern überzeugend bewiesen haben.

*

Der Vorstand empfiehlt allen TIG, sich über die in ihrer Region geplanten Ostermärsche für Frieden und Abrüstung zu informieren und diese nach Möglichkeit durch Teilnahme zu unterstützen. In Berlin wird der Ostermarsch erstmalig am Luxemburg-Platz beginnen und enden.

*

Der Vorstand bittet zu beachten, dass in letzter Zeit Probleme beim E-Mail-Verkehr in der Geschäftsstelle aufgetreten sind. Möglicherweise sind E-Mails nicht angekommen oder unzulässig gelöscht bzw. zurückgeschickt worden. An einer Lösung wird gearbeitet. Wichtige und dringende Informationen bitten wir deshalb vorübergehend durch gleichlaufende Telefonanrufe bzw. Postsendungen abzusichern.

*

Bezug von ISOR aktuell über das Internet

Im Interesse der Kosteneinsparung beim Versand an Einzelmitglieder bitten wir alle, die über einen Internet-Anschluss verfügen, den Bezug unseres Mitteilungsblattes über E-Mail zu prüfen. Sie erhalten dann die komplette Ausgabe, also einschließlich der Mitteilungen zu Geburtstagen und Sterbefällen. Zur Umstellung genügt eine formlose E-Mail an Isor-web@t-online.de

*

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. ernannt:

Sebald Daum, TIG Aschersleben,

der zu den Gründungsvätern der ISOR gehört, sich große Verdienste beim Aufbau und der Festigung unserer Organisation erworben und mit seinem großen Fachwissen und reichen Erfahrungen wesentlich zur Entwicklung eines interessanten Vereinslebens beigetragen hat. Bis in die Gegenwart wirkt er aktiv und selbstlos bei der Betreuung und Beratung der Mitgliedschaft mit.

*

Horst Weber, TIG Strausberg,

der als TIG-Vorsitzender maßgeblich den Aufbau und die Festigung der TIG Cottbus gestaltet und sich danach in der TIG Strausberg langjährig und erfolgreich in der Arbeitsgruppe Recht engagiert hat.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit GRH, ISOR, GBM

Die Vorsitzenden der GBM, der GRH und von ISOR – Organisationen, die maßgeblich an der Gründung und Entwicklung des OKV beteiligt waren und sind - haben nachfolgende Vereinbarung getroffen. Sie ließen sich von folgenden Schwerpunkten der gegenwärtigen politischen Entwicklung leiten:

- Die Welt und Europa bewegen sich gefährlich auf den Abgrund eines neuen Krieges zu. NATO und die Regierung der BRD tragen dazu mit Aufrüstung, Rüstungsexporten, Auslandseinsätzen der Bundeswehr wesentlich bei.
- Militärische Aktivitäten und Sanktionen richten sich vor allem gegen Russland.
- In der BRD nehmen die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Repressionen gegen die Opposition, insbesondere gegen linke politische Kräfte zu, während sich völkisch-nationalistische, rassistische, antisemitische und faschistoide Tendenzen und Kräfte auch mit den Wellen von AfD und PEGIDA ausbreiten.
- Das neoliberale Wirtschaftsmodell mit seiner maßlosen Polarisierung von arm und reich stößt an Grenzen und birgt Gefahren neuer Wirtschaftskrisen. Diese Entwicklungen und ihre Begleiterscheinungen bringen Herausforderungen an verantwortungsbewusste, politisch denkende Menschen mit sich, verlangen Protest, Empörung und politische Aktion und sei sie auf Grund der begrenzten Mittel und Möglichkeiten auch noch so bescheiden.
- Auf allen Ebenen unserer Organisationen ist noch wirksamer als bisher gemeinsames solidarisches Handeln erforderlich, um einen Beitrag im Ringen um eine Wende in der Politik (in allen Lebensbereichen) vor allem zur Aufklärung über die bewusste Wahrnehmung von Lebensumständen und Entwicklungen zu leisten und bei kleinen und großen Aktionen für Gerechtigkeit und Frieden die Rechtmäßigkeit des kapitalistischen Systems in Frage zu stellen. Die möglichen Ansätze sind

vielfältig und sie sollten entsprechend den gegebenen Kräften genutzt bzw. unterstützt werden.

- Die Unterzeichner dieser Erklärung würdigen nachdrücklich die Leistungen, die die Mitglieder ihrer Organisationen trotz widriger Bedingungen vor Ort, im Territorium gemeinsam vollbringen. Die bewährten Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:
- Gegenseitige Einladung zu Veranstaltungen.
- Gemeinsame Organisation größerer politischer Veranstaltungen, in denen auch emotionale Elemente bzw. Elemente des Zusammenhalts eine Rolle spielen.
- Besprechung und Abstimmung zu territorialen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten.
- Austausch von Informationsmaterialien bzw. gemeinsame Anfertigung und Verbreitung. (Gemeinsame Flugblätter, kleinere Publikationen möglichst mit Bezug auf offenkundige territoriale Probleme)

Vorsitzende und Geschäftsführer der Organisationen werden in Abständen ihre Erfahrungen austauschen und weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarung festlegen.

Die Zeit verlangt all diese Erfahrungen im solidarischen Miteinander weiter zu entwickeln, auch andere gleichgesinnte, gesellschaftliche Kräfte zu gewinnen. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen durch Informationen an die Vorstände und andere Wege stärker publiziert werden, um damit auch zur Gegenöffentlichkeit beizutragen.

Berlin, 1. Januar 2019

Helga Hörning
Bundesvorsitzende
der GBM e.V.

Hans Bauer
Vorsitzender
der GRH e.V.

Horst Parton
Vorsitzender
der ISOR e.V.

*



TIG Quedlinburg: „Malachit – Nie wieder!“

Das Grauen hat einen Namen. Es heißt „Malachit“ und ist keineswegs das als grünes Wunder bekannte schwarzgrüne oder smaragdgrüne Kupfercarbonat. Es steht für das Leid und den Tod tausender Zwangsarbeiter im Konzentrationslager Langenstein Zwiberge, einem Außenlager des KZ Buchenwald, nahe Halberstadt. In den Thekenbergen entstand das sogenannte „Kleine Lager“, das den Decknamen Malachit AG erhielt. Auf langen Todesmärschen wurden Häftlinge hierhin verbracht. Vernichtung durch Arbeit zur Schaffung eines für die Kriegsproduktion unerlässlichen, 13 Kilometer langen unterirdischen Stollensystems, war jeden Tag allgegenwärtig.

Diese schlimmen Eindrücke der Vernichtungspraxis der Nazis der Nachwelt zu erhalten und sie als Mahnung auszuprägen, dem hat

unser Freund Dr. Ludwig Einicke einen Großteil seines Lebens gewidmet. „Über 70 Jahre nach den furchtbaren Ereignissen ist jeder noch so geringe Einblick in die Ereignisse der Todesmärsche ein wichtiger Baustein zu einer Erinnerung, die nicht vergessen werden darf.“ So seine Worte gegenüber dem TIG Vorstand Mitte Januar 2019. Er berichtete, wie Schüler des Wolterstorff-Gymnasiums der Stadt Ballenstedt erneut Bürgerinnen und Bürger aufgerufen haben, sich an jene Tage im April 1945 zu erinnern. Es ist bekannt, dass diese Märsche am 9. April mit 6 Häftlingskolonnen zu je ca. 500 Mann durch angrenzende Ortschaften getrieben wurden.

Dr. Einicke unterstützt heute die Aktivitäten in vielfältiger Weise. Das schließt ein, die lebenden Zeitzeugen noch einmal zu Wort kommen zu lassen und entsprechend zu dokumentieren. Die Schüler der Film AG des Gymnasiums haben

dazu ein Filmprojekt gestartet. Ihr Ziel ist es, durch authentische Beiträge zu den Märschen in die Arbeitsstätten des Todes im Harz eine sachbezogene Erinnerungskultur zu pflegen. Es ermöglicht für viele Schüler durch den ohnehin mangelnden Lehrstoff zu diesem Thema ein besseres Geschichtsverständnis.

Alle Informationen zu den Todesmärschen sind willkommen. Sie werden durch Dr. Einicke dem Projektteam am Gymnasium übergeben. Das schließt jede noch so kleine Beobachtung oder auch Bildmaterial über die Märsche der Häftlinge in die Thekenberge ein. Die Schüler werten das unter sachkundiger Anleitung eines externen Projektleiters aus und entscheiden selbst über deren Verwendung. Besonderes Interesse verbindet sich mit persönlichen Erlebnissen, die Auskunft über den Zustand der vorbeiziehenden Häftlingskolonnen und deren Behandlung durch das Wachpersonal geben. Die Frage, wer hat was, wann und wo gesehen, wartet auf vielleicht die letzten persönlichen Antworten unserer Opas und Väter. Deshalb möchten wir mit diesem Artikel alle Freunde und Verbündeten der ISOR dazu aufrufen, die Schülerinitiative zu unterstützen.

Wer meint, einen Beitrag leisten zu können, greift bitte zum Schreibgerät und sendet seinen Beitrag oder seine Gedanken dazu an die Redaktion von **Isor aktuell**, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Diejenigen, die über einen Internetanschluss verfügen, können den Kontakt direkt zum Ansprechpartner der TIG Quedlinburg, Dr. Ludwig Einicke, aufnehmen.

Mailanschrift: l.Einicke@web.de

Weitere Informationen zum Schüleraufruf sind im lokalen Informationsblatt, Stadtbote Ballenstedt, verfügbar.

Internet: http://www.ballenstedt.de/files/ballenstedter_stadtbote_01_2019_ebook.pdf

Seite 19, Kita& Schule, Titel: Warum?

TIG Quedlinburg /Lehmann

*

Zwischenruf

Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann.

Das Gegenteil ist schon schwieriger.

Kurt Tucholsky

Pressemitteilung der Partei Die Linke

Rentenunrecht gegenüber Angehörigen der Volkspolizei beseitigen – Sachsen verweigert Zahlung trotz Gerichtsurteilen

Die Linksfraktion hat eine weitere parlamentarische Initiative zur Beseitigung der Benachteiligung Ostdeutscher ergriffen – für eine gerechte Rentenberechnung früherer Angehöriger der Deutschen Volkspolizei der DDR.

Dazu erklärt Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Die Anerkennung der Lebensleistung Ostdeutscher fängt damit an, dass ihnen berechnete Rentenansprüche nicht länger vorenthalten werden. Es ist durch Urteil des Bundessozialgerichts seit 2007 unstrittig, dass auch Verdienstbestandteile, die als Bekleidungs- und Pflegegeld ausgewiesen waren, Arbeitsentgelt sind, das bei der Berechnung der Rente zu berücksichtigen ist. Das Land Brandenburg tut das seit 2008, der

Freistaat Sachsen bis heute nicht, obwohl inzwischen auch ein entsprechendes Urteil des Landessozialgerichts vom Januar 2018 vorliegt. Das entspricht im Übrigen auch den Regeln des bundesdeutschen Besoldungsrechtes.

Da die Staatsregierung ein verpflichtendes Urteil missachtet, haben wir jetzt einen Antrag in den Landtag eingebracht: „Rechtsprechung des Sächsischen Landessozialgerichts endlich umsetzen: Bekleidungs- und Pflegegeld der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der DDR als Arbeitsentgelt bei der Rentenberechnung anerkennen!“ (Parlaments-Drucksache: 6/16393).

Die Staatsregierung geht selbst von bis zu zehntausend Betroffenen aus (Antwort auf Kleine Anfrage Parlaments-Drucksache

6/11334), verweigert aber ungeachtet dessen das diesen zustehende Recht (siehe Antwort der Staatsregierung auf weitere Kleine Anfrage des Vorsitzenden der Linksfraktion, Rico Gebhardt, Parlaments-Drucksache 6/14338). Wir fordern mit unserem Antrag daher nicht nur die Anwendung des Rechts und einen Bericht über den Vollzug gegenüber dem Landtag, sondern auch von Amtswegen eine Überprüfung aller bisher ergangenen Bescheide. Ein Verweigern des Rentenanspruchs durch Aussitzen gegenüber den im Ruhestand befindlichen Polizistinnen und Polizisten ist inakzeptabel. aber auch diejenigen mit Ost-Dienstbiographie, die noch aktiv im Polizeidienst sind, haben einen Anspruch auf Korrektur dieses Unrechts!

*

Das Vermächtnis von Syhra

Dem „Tag der Verteidiger des Vaterlandes“ gewidmet Von Bernd Gnant Ortsverband Geithain der Partei DIE LINKE

Durch einen glücklichen Umstand kam der von uns seit langer Zeit gewünschte Kontakt zur Familie des Piloten und Staffelführers Major Juri Alexejewitsch Wladimirow zustande.

Es war in den Morgenstunden des 3. September, da hörte seine Tochter Elena Staschewskaja im Fernsehen plötzlich den Namen ihres Vaters. Und da sah sie einen Bericht über die Wiedereinweihung des Fliegerdenkmals bei Syhra am Weltfriedenstag

des Jahres 2018. Freudig informierte sie sofort ihre Familie. Ihr Sohn Juri setzte sich per E-Mail mit dem Generalkonsulat der Russischen Föderation in Leipzig in Verbindung. So wurde der Kontakt zu uns hergestellt. In einer E-Mail schrieb sie uns: „Ich finde keine Worte, die meine Anerkennung ausreichend ausdrücken... Aus Moskau übermittle ich Ihnen und Ihren Landsleuten die tiefe Verehrung von mir, meinen Söhnen und meiner Tochter. Wir sahen in den Nachrichten einen

Beitrag über die Restaurierung des Denkmals für Papa und seinen Kommandeur und waren grenzenlos glücklich, dass die Erinnerung an ihre Heldentat lebendig ist. Sie bleibt lebendig, solange Menschen wie Sie und Ihre Freunde existieren. Einen riesigen Dank an alle.“ In einem weiteren Schreiben schlug sie ein Treffen am Ehrenmal vor.

So kam es zu dem Tag, den die Teilnehmer so schnell nicht vergessen werden. Elena Staschewskaja besuchte mit ihrem ältesten

Die Dokumentation zum Fliegerehrenmal in Syhra

kann ab sofort unter [amazon.de](https://www.amazon.de) ISBN 1793484163 als Broschüre (s/w) 3,45 €, oder als e-book (in Farbe) 2,90 € bestellt werden. Mit der Zustellung der **ISOR aktuell** wird den TIG ein Exemplar übergeben.

Viele Grüße aus Geithain Reinhard Froberg

Sohn Juri mit Unterstützung des Generalkonsulats am 30. November das Ehrenmal für ihren Vater und dessen Kommandeur. Die Teilnehmer an dem Treffen, Herr Ploch als Zeitzeuge des Unglücks, der Verdiente Militärflieger der DDR, Oberst a. D. Dieter Kulitzscher vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e. V., der Vorsitzende der TIG Geithain von ISOR sowie Mitglieder des Fallschirmjäger-Traditionsverbandes Ost e.V. und unseres Ortsverbandes hatten zu Ehren der beiden Piloten bereits Blumen am Ehrenmal

Details aus dem Leben sowie zahlreiche Dokumente von und über Juri Alexejewitsch Wladimirow aus Moskau mitbrachten. Beim Besuch des ehemaligen Standortes der Fliegerereinheit der Sowjetarmee und des Museums des Vereins Flugwelt Altenburg-Nobitz e.V. in Nobitz wurde in den Gesprächen noch einmal deutlich, welche Leistungen zur Bewahrung des Friedens die Angehörigen der Sowjetarmee im Bunde mit ihren Klassen- und Waffenbrüdern aus den befreundeten Armeen an der Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO erbrachten. Die-

Teile der Ausgestaltung erkennbar waren. So zum Beispiel Aufrufe an die Soldaten zur Disziplin, zur militärischen Pflichterfüllung, zur Meisterung der modernen Waffentechnik und zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft zum Schutz des Friedens.

Am Ende des Tages verabschiedeten sich Elena und Juri herzlich von uns allen mit der Bemerkung, sie fühlten sich unter Freunden und dankte noch einmal allen Menschen, die geholfen hatten, die Erinnerung an die Heldentat ihres Vaters und seines Kommandeurs zu bewahren.



niedergelegt, als Elena Staschewaskaj mit ihrem Sohn in Begleitung des Attachés des Generalkonsuls eintrafen. Elena und Juri waren beeindruckt vom Denkmal, das an die beiden „Helden von Syhra“ erinnert, wie die Syhraer Einwohner die verunglückten Piloten der Sowjetarmee nennen. Siegfried Ploch, den letzten lebenden Augenzeugen des Unglücks, in dessen Armen einer der Piloten verstarb, umarmte Elena mit Tränen in den Augen.

An diesem Tag lernten wir eine herzengute Frau und ihren Sohn kennen, die neue

ter Kulitzscher konnte viele Fragen von Elena zu den Umständen des Absturzes aus fachlicher Sicht umfassend beantworten. Elena zeigte uns an einem Modell des Flugplatzes das Haus, in dem ihr Vater und seine Familie damals wohnten und den Weg, den sie mit ihrem Bruder heimlich und unerlaubt ging, um dem Vater beim Start zuzuwinken. Wir überreichten ihr als Andenken eine Mappe mit Dokumenten zum Ehrenmal und seiner Restaurierung.

Beeindruckend war auch die Besichtigung des ehemaligen Appellplatzes, an dem noch

Bei anderen gelesen

Aus dem „Newsletter“ (Rundbrief) des Netzwerkes Friedenskooperation
Januar 2019

Liebe Freundinnen und Freunde, zum Jahresanfang gibt es eine positive Nachricht für die Friedensbewegung:

Unsere Aktivitäten zeigen Wirkung! Die Rüstungsexporte sind 2018 erneut gesunken. Der Rüstungsindustrie schmeckt das natürlich

gar nicht. Sie droht bereits mit Schadenersatzklagen. Erfreulich ist, dass die Exporte an menschenrechtsverletzende Staaten zurückgegangen sind. Exporte an Saudi-Arabien, das Krieg im Jemen führt, bleiben weiter ausgesetzt. Einen Teil dazu beigetragen hat auch unsere Briefaktion an die Bundeskanzlerin im vergangenen November. Besorgniserregend ist jedoch, dass hingegen die Exporte an die Türkei zugenommen haben, obwohl die Türkei in Nordsyrien Krieg gegen die Kurden und Kurdinnen führt und mit einer neuen Offensive droht. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, weiterhin aktiv zu bleiben, um dem Ziel eines kompletten Waffenexportverbotes näher zu kommen!

*

Zu Beginn der 1980er Jahren rückte die Gefahr eines Atomkriegs bedrohlich nahe. Die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion stiegen ins Unermessliche. Nuklear bestückte Mittelstreckenraketen wurden in Europa stationiert. Doch in vielen Ländern gingen Menschen dagegen auf die Straße und machten Druck auf ihre Regierungen, wodurch 1987 der INF-Vertrag zustande kam. Durch diesen konnten fast 3.000 Atomraketen abgerüstet und zerstört werden. Ein enormer Erfolg der Friedensbewegung! Doch nun plant Trump, diesen wichtigen Abrüstungsvertrag aufzukündigen. Die von uns mitgetragene Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. Jetzt“ hat dagegen einen Protestbrief an die US-amerikanische und russische Botschaft in Deutschland gestartet. Bitte hilf mit, den INF-Vertrag zu retten und unterzeichne den Protestbrief.

*

Im Jahr 2018 rekrutierte die Bundeswehr 1.697 Soldatinnen und Soldaten, die bei Dienstantritt noch nicht volljährig waren. Obwohl dies gegen die Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verstößt, wird an dieser skandalösen Praxis festgehalten. Auch wenn die Zahl im Vergleich zu 2017 um 229 minderjährige Rekrutinnen und Rekruten gesunken ist, bewegt sich die Gesamtzahl weiterhin auf einem sehr hohem Niveau. Im Jahr 2011 lag die Zahl damals noch bei lediglich 689. Ein Grund für die hohen Zahlen ist u.a. die Werbeoffensive der Bundeswehr, die besonders auf Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 abzielt, wobei bewusst die Risiken für die Soldatinnen und Soldaten ausgeblendet werden. (...)

*

Lesenswert

Erich Buchholz/Ralph Dobra

Politische Justiz in der Ära Adenauer

(verlag am park, Berlin 2018)

ISBN 978-3-947094-20-2, 139 Seiten

Preis: 14,00 Euro

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, Partei DIE LINKE

23. Januar 2019

Maas muss sich in Washington für Rettung des INF-Vertrags einsetzen

„Die Bundesregierung muss sich mit Nachdruck für die Rettung des INF-Vertrages zwischen den USA und Russland einsetzen. Es ist zudem höchste Zeit, dass Außenminister Maas auf einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland drängt“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion, ist ihr sofortiger Abzug noch dringlicher, um Deutschland nicht zum atomaren Schlachtfeld werden zu lassen.

Statt den US-Ferndiagnosen über eine mögliche Verletzung des INF-Vertrags durch Russland blind zu vertrauen, sollte sich Maas für vertrauensbildende Maßnahmen stark machen. Durch eine Ergänzung des Abkommens über nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Forces) um einen erneuerten Inspektionsmechanismus könnten Verdachtsfälle vor Ort aufgeklärt werden.“

Die Autoren unterstreichen mit der hier vorgelegten kurzen Darstellung in Übereinstimmung mit unseren Gegenwartserfahrungen, dass im Umgang mit der Geschichte oft die Heuchler das Sagen haben. Sie erinnern mit Fakten und Vorgängen in der BRD an eine Praxis, die unverändert der Aufarbeitung bedarf, unverändert verdrängt und unverändert verschwiegen wird und deren Opfer bis in die Gegenwart auf ihre Rehabilitation warten.

Die Autoren leisten ihren Beitrag, damit diese Vorgänge nicht verdrängt und unter dem Propagandaberg „Unrechtsstaat“ DDR begraben werden können. Sie rufen exemplarisch aus der Zeit des Kalten Krieges das Verbot der FDJ, das Verbot der KPD und den Prozess gegen Angehörige des westdeutschen Friedenskomitees in Erinnerung.

Auch aus heutiger Sicht sind die verfassungsrechtlichen Erörterungen von Prof. Buchholz hochaktuell.

Die exemplarischen Erörterungen zu Sachverhaltsverfälschungen und „Absichtsdelikten“ (Seiten 58 -62) sind auch für den Nichtjuristen lehrreich. Der Umstand, dass Nazirichter Kommunisten verurteilten, bleibt eine Schande in der deutschen Rechtsgeschichte, die auch nach mehr als 60 Jahren nicht vergessen werden darf. **H.B.**

*

Neu im Internet

Klaus Behling

Leben in der DDR- Alles was man wissen muss

Verlag Bild und Heimat, Berlin. 2. Auflage (2018)

ISBN 978-3-95958-160-8 847 Seiten,

Preis 27,98 Euro

Unser Leser Manfred Wild beurteilt das Buch kritisch und ordnet es in die Hetze gegen die DDR ein.

Siehe Rubrik „Rezensionen“

*

Die GBM informiert

Einladung zu einem Ausflug zu Ehren unserer Frauen am 8. März 2019

Es war eine Frau, die deutsche Sozialistin Clara Zetkin, die auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vorschlug. Er fand erstmals am 19. März 1911 statt. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg standen die Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen sowie die Emanzipation von Arbeiterinnen im Vordergrund. Seit 1921 wird er jährlich am 8. März gefeiert. In vielen Ländern, z.B. auch in Russland, ist der Internationale Frauentag sogar ein gesetzlicher Feiertag, in Berlin soll er einer werden. In der DDR war dieser Tag immer etwas Besonderes, nicht nur wegen der Blumen. Und auch für unseren Arbeitskreis ist und bleibt der Internationale Frauentag etwas Besonderes.

Das möchten wir auch mit unserem diesjährigen Ausflug zum Ausdruck bringen. Am 8. März 2019 geht es in den kleinen Ort Neu Zauche bei Lübben am Rande des Spreewaldes.

»»» Fortsetzung auf Seite 7

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 6

Im Gasthaus „Zum Oberspreewald“ werden wir erwartet.

Am Vormittag begrüßen wir Frau Professor Erika Maier. Mit Anfang 30 war sie eine der jüngsten Professorinnen der DDR, lehrte und forschte an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. In den 1990er Jahren engagierte sie sich in der Berliner Kommunalpolitik mit dem Mandat der Linkspartei. 2006 wurde sie dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie wird Auszüge aus ihrem Buch „einfach leben – hüben wie drüben“ lesen. Das sind Ost-West-Doppelbiografien, z.B. zwei Ärztinnen, zwei Bäuerinnen oder zwei Lehrerinnen. Daraus dürfte sich ein interessanter Meinungs-

austausch ergeben. Der ist gewollt und das ist auch gut so. Sicher wird auch dieser oder jener das Buch erwerben und mit einem Autogramm mit nach Hause nehmen.

Nach dem Mittagessen geht es regionaltypisch weiter. Ein Spreewaldensemble erfreut uns in seinen farbenfrohen Trachten mit Liedern, Tänzen und Geschichten. Aber nicht nur das Ensemble darf das Tanzbein schwingen. Schwungvolle Tanzrunden, Kaffee und Kuchen gehören selbstverständlich zu unserer Frauentagsfahrt, die traditionell der Auftakt unseres Reisejahres ist.

Der März mit seiner Ahnung vom baldigen Frühling ist eine gute Zeit, um die persönlichen Reisepläne noch einmal zu überdenken und zu ergänzen. Wir werden unsere

Reiseflyer sowie die „akzente“-Reisebeilage dabei haben und nehmen Reiseanmeldungen gern entgegen.

Die Leserinnen und Leser der „akzente“, die Mitglieder und Sympathisanten der ISOR und der GRH, des Fördervereins „Rotfuchs“ e.V. sowie des Freundeskreises der Sportsektoren sind herzlich eingeladen, an unserer Frauentagsfahrt teilzunehmen. Schreiben Sie mir eine E-Mail an gmb.dr.weiss@gmail.com oder zögern Sie nicht mich anzurufen: 0173-6102512.

Dr. Carola Weiß, Leiterin des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM e.V.

Auch das noch

Eine am Ufer des Rheins stationierte deutsche Funkstation enthüllte im Zwielficht allseits praktizierter Jahresrückblicke einen solchen auf das Sportjahr 2018 und die Hintergründe, warum die Persönlichkeiten der vaterländischen Fußballmannschaft knapp am WM-Titel vorbeigeschrammt waren.

Das Drama erfuhr seinen Beginn mit einer photographischen Ablichtung, auf der ein bekannter, wenn auch nicht sehr beliebter osmanischer Staatslenker zwischen zwei bekannten und bis dato beliebten Nationalmannschafts-Balltretern zu sehen war, wodurch besagte Mannschaft noch vor dem

ersten Schuss in Moskau in eine tiefe, sie beinahe zersprengende Krise stürzte. In diesem Zustand führte sie die Strecke mit dem Bus zu ihrer Unterkunft, und damit „vorbei an Plattenbauten, Industrieanlagen und einem Birkenwäldchen“ (die Russen können es einfach nicht lassen, überall diese Wäldchen hinzustellen), was die Fahrgäste sehr deprimierte.

Bedurfte es nun noch einer Begründung für die eilige Rückkehr?

Nachdem die Urväter weiland nach dem Plattmachen von Wohnbauten und Industrieanlagen vor gut sieben Jahrzehnten mit

einer etwas größeren Mannschaft schließlich aus den Birkenwäldern vertrieben waren und ihren Heimweg, allerdings zu Fuß, antreten mussten, scheint ein gewisses Bestreben, das Land im Siegesrausch zu betreten und mit gesenktem Kopf ruhmlos zu verlassen, im Urgrund mancher Gene weiter zu wirken.

Auch das noch: Im besagten Land gratuliert man sich immer noch am 23. Februar zum Tag der Roten Armee, der jetzt „Tag der Verteidiger des Vaterlandes“ heißt.

Kommt aufs Gleiche raus und sollte an Rhein und Spree verstanden werden.

w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 30.01.2019

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.02.2019

Einstellung im Internet: 08.03.2019

Auslieferung: 13.03.2019

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVB33XXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16